

Horst Ortman

# RHEINISCHER SEPERATISMUS UND WESTDEUTSCHE REPUBLIK

Zu den politischen Zielen im Rheinland in den Jahren von 1918 bis 1923





**Hildesheimer Beiträge zu Theologie und Geschichte**

Reihe B: Geschichte und Geschichtsdidaktik

Herausgegeben von Mario Müller und Martin Schreiner

Band 2

Horst Ortman

**Rheinischer Separatismus und Westdeutsche Republik**  
Zu den politischen Zielen im Rheinland in den Jahren von 1918 bis 1923

**UV** Universitätsverlag  
Hildesheim

2016

## Impressum

Dieses Werk ist mit der Creative-Commons-Nutzungslizenz  
«Namensnennung – Nicht kommerziell – Keine Bearbeitung 3.0 Deutschland»  
versehen. Weitere Informationen finden sind unter:  
<http://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/3.0/de>

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation  
in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten  
sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

© Universitätsverlag Hildesheim  
Universitätsplatz 1  
31141 Hildesheim

Erstausgabe Hildesheim 2016  
Redaktion & Satz: Mario Müller

Fotografie auf dem Titelblatt: Blick vom Drachenfels bei Bad Honnef/Rhöndorf © Horst Ortmann

© Logo HiBTG: Jan Jäger, Hannover  
Online-ISSN 2509-9841

## Zitierempfehlung

Horst Ortmann: Rheinischer Separatismus und Westdeutsche Republik. Zu den politischen Zielen im  
Rheinland in den Jahren von 1918 bis 1923. Hildesheim: Universitätsverlag Hildesheim 2016  
(Hildesheimer Beiträge zu Theologie und Geschichte, Bd. 2, Reihe B: Geschichte und  
Geschichtsdidaktik). Online-Publikation abrufbar unter: [https://www.uni-hildesheim.de/bibliothek/  
publizieren/open-access-universitaetsverlag/verlagsprogramm/  
hildesheimer-beitraege-zu-theologie-und-geschichte/](https://www.uni-hildesheim.de/bibliothek/publizieren/open-access-universitaetsverlag/verlagsprogramm/hildesheimer-beitraege-zu-theologie-und-geschichte/)

## Zum Autor



**Horst Ortmann**, geb. am 9. Juni 1945 in Hildesheim, studierte von 1969 bis 1973 Germanistik und Geschichte für das Höhere Lehramt in Hannover. Nach seinem 1. Staatsexamen 1973 war er 1974/75 Referendar am Studienseminar Oldenburg und schloss sein Referendariat 1975 mit dem 2. Staatsexamen ab. Von 1975 bis 2010 unterrichtete er als Gymnasiallehrer in Groß Ilsede, absolvierte von 1979 bis 1981 ein berufsbegleitendes Fernstudium der Katholischen Theologie und erwarb 1981 die Lehrberechtigung für Katholische Religion. Als Fachbereichsleiter für Katholische Religion und für Geschichte war er von 1981 bis 2010 tätig. Nach seiner Pensionierung 2010 wurde er 2011 als Doktorand des Fachbereichs I Erziehungs- und Sozialwissenschaften der Universität Hildesheim angenommen und von Herrn Prof. Dr. Michael Gehler betreut. Am 4. Juli 2014 schloss er sein Promotionsvorhaben ab. Seine Dissertation galt der Erforschung von Politik und Sport in der DDR und der BRD am Beispiel des Segelflugs. Sowohl vor als auch

nach der Promotion galt seine Aufmerksamkeit der Erforschung von zeitgeschichtlichen Themen wie zum Beispiel der Stalinnote und der Entstehung der Bundesrepublik. Darüber hinaus widmete er sich der staats- und rechtswissenschaftlichen Literatur des 17. und 18. Jahrhunderts. Zentrales Thema waren die Kurfürsten und das Kurkolleg.

Neben seiner Mitarbeit im Forschungskolloquium am Institut für Geschichte an der Universität Hildesheim und seinem Interesse für Europa-Gespräche forscht er über den Rhein im Wandel der deutsch-französischen Beziehungen.

# Inhaltsverzeichnis

<b>1. Politischer und gesellschaftlicher Hintergrund nach 1917</b> .....	<b>6</b>
<b>2. Die Rheinlandfrage</b> .....	<b>9</b>
<b>3. Adenauers Rheinstaatspläne</b> .....	<b>10</b>
<b>4. Wesenszüge der Politik Adenauers zwischen 1918 und 1923</b> .....	<b>12</b>
<b>5. Vorwürfe gegen Adenauer</b> .....	<b>14</b>
<b>6. Adenauer und die Separatisten</b> .....	<b>16</b>
<b>7. Frei- und Sonderbündler im Spiegelbild der öffentlichen Meinung</b> .....	<b>18</b>
<b>Abstract</b> .....	<b>20</b>

## 1. Politischer und gesellschaftlicher Hintergrund nach 1917

Nach dem verlorenen Ersten Weltkrieg und der erzwungenen Abdankung Kaiser Wilhelms II. musste sich das Deutsche Reich finden und im Besonderen politisch neu orientieren. Das wirkten vor allem die Siegermächte, die auch die äußeren Rahmenbedingungen für die neue Staatsform festschrieben (Versailler Vertrag). Neben Gebietsabtretungen (Elsass-Lothringen, Saargebiet, Eupen und Malmedy, Nordschleswig, Posen und Westpreußen, Danzig, Memelgebiet, Oberschlesien, Hultschiner Ländchen, deutsche Kolonien) sahen die Bestimmungen des Vertrages Beschränkungen in der Souveränität vor. Der Kaiser wurde als Kriegsverbrecher zur Abdankung gezwungen. Die Vereinigung mit Österreich wurde verboten. Lufthoheit und das Heer mussten erhebliche Einschränkungen hinnehmen. Das linksrheinische Gebiet und die rechtsrheinischen Brückenköpfe sollten bis auf 15 Jahre besetzt werden.

Während die Amerikaner an der Rheinlandbesetzung wenig Interesse zeigten, die Engländer ihre Besatzungszone allenfalls halbherzig verwalteten und ihnen an einer Zusammenarbeit mit den Franzosen nicht gelegen war, bestimmten in der Hauptsache Franzosen die Rheinlandpolitik. Das spiegelte sich in den beanspruchten Besatzungszonen wider. Frankreich verwaltete das weitaus größte Gebiet der preußischen Rheinprovinz und stellte auch den Vorsitz der Interalliierten Rheinlandkommission. Neben den Belgiern hatten also im Besonderen die Franzosen mit ihrem Vorsitzenden Paul Tirard das Sagen. Von der deutschen und vor allem der rheinischen Bevölkerung wurde die französische Besetzung jedoch als Fremdherrschaft aufgenommen, die auch Spuren der Nötigung hinterließ. Nach Gerd Krumeich seien Frankreich und Belgien in ihren Zonen willkürlich aufgetreten:

«Im Grunde verfolgten die französischen und belgischen Rheinlandbehörden die Strategie, nahezu alle Beschwerden der Deutschen über Schikanen, Fehlgriffe, Misshandlungen als unbegründet abzulehnen, gleichgültig, ob schließlich doch hinter den Kulissen Remedur geschaffen wurde. Ein besonders wichtiges Beispiel hierfür sind die zahlreichen Anzeigen sexueller Gewaltverbrechen durch französische Soldaten. Diese wurden von den französischen Behörden auch als unbegründet zurückgewiesen, wenn die Beschuldigten militärintern bestraft wurden.»<sup>1</sup>

Inwieweit und in welchem Umfang dieses Verhalten stimmig ist, führte Krumeich nicht weiter aus.<sup>2</sup> Dagegen lässt sich mit Sicherheit wiedergeben, dass Frankreich in seiner Zone die höchste

1 Gerd Krumeich, Die Rheinlandbesetzung, S. 2, in: <http://www.bpb.de/geschichte/zeitgeschichte/geschichte-im-fluss/135676/die-rheinlandbesetzung?p=all>. Abgerufen am 2.6.2015. Vgl. auch Hans Robert Engelmann, Farbige Franzosen am Rhein. Ein Notschrei deutscher Frauen, Berlin, 4., veränd. u. erweit. Ausg. 1924; Peter Hüttenberger (Hrsg.), Franzosen und Deutsche am Rhein 1789–1918–1945, Essen 1989. Dass die Briten in ihrer Besatzungszone bisweilen auch autoritär und brüskierend auftraten, zeigten ihre Anweisungen für die in ihrer Zone lebenden Menschen. So bestanden sie unter Androhung von Strafen auf eine ehrerbietige Haltung der deutschen Bürger gegenüber britischen Offizieren. Begegneten die Bürger ihnen, dann mussten sie vor ihnen den Hut ziehen (Ausstellung im Siebengebirgsmuseum der Stadt Königswinter, 2. Etage. Besuch des Verfassers am 5.6.2015).

2 Vgl. dazu die Karikaturen in: Plak 1/2/13/01-34/1/2/11/01-89/1/2/12/01-58, in: [www.bild.bundesarchiv.de](http://www.bild.bundesarchiv.de).

Verwaltungsinstanz innehatte. Missliebige Bürger wurden gemäßregelt. Das führte bis hin zu harten Bestrafungen und Ausweisungen. Vor allem auch reichstreue Verwaltungsbeamte waren davon betroffen.<sup>3</sup> Um das Rheinland an sich zu binden, wurde französische Kultur importiert (Sprache/Rechtswesen). Auch unterstützte Frankreich Multiplikatoren, die den Interessen französischer Politik zuarbeiteten (Hans Adam Dorten).<sup>4</sup> Beschränkungen dabei erfuhren die Franzosen von den Amerikanern und vor allem den Engländern, die eine Vormachtstellung der Franzosen in Mitteleuropa befürchteten und dadurch das Gleichgewicht der Kräfte in Frage stellen könnten.<sup>5</sup> Von daher war eine befürchtete Annexion der linksrheinischen Gebiete durch Frankreich wenn nicht gerade ausgeschlossen, zumindest jedoch erschwert. Hinzu kam, dass weite Bevölkerungsteile der links- und rechtsrheinischen Gebiete sich gegen eine französische Bevormundung aussprachen.<sup>6</sup> Bedrückend für die Bevölkerung insgesamt war vor allem aber der Artikel 231. In ihm wurde Deutschland als Verursacher des Ersten Weltkrieges genannt und es musste dafür die Forderungen der Alliierten erfüllen. Sachlieferungen und Zahlungen in Goldmark.<sup>7</sup>

Frankreich war dabei sehr daran gelegen, Deutschland zu schwächen, auch in Anbetracht der Schmach von 1871 und der Proklamation Wilhelms I. zum deutschen Kaiser im französischen Versailles. Dort wurde auch über Deutschland verhandelt. Die Demütigung Frankreichs im Jahre 1871 wirkte nachhaltig und wurde am 28. Juni 1919 mit der Unterzeichnung des Versailler Vertrages im Spiegelsaal des Schlosses zu Versailles erwidert.

Für einen Neuanfang nach dem verlorenen Ersten Weltkrieg sorgte ebenfalls die Revolution von 1918 (Arbeiter, Soldaten und Matrosen). Matrosen der Hochseeflotte in Kiel verweigerten den Gehorsam und standen damit in Übereinkunft der meisten Bürger, die sich den Frieden herbeisehnten und sich damit gegen den Militär- und Obrigkeitsstaat auflehnten. Mit dieser Bewegung der Matrosen einher ging die Bildung von Arbeiter- und Soldatenräten, die zeitweilig Regierungsgeschäfte in einigen Städten des Reiches übernahmen, langfristig aber in ihrer Ideologie befangen blieben und daran letztlich auch scheiterten.<sup>8</sup> Während die Arbeiter- und Soldatenräte in vielen Städten zeitweilig die Regierungsgeschäfte übernehmen konnten, war das in Köln anders. Der Kölner Oberbürgermeister Konrad Adenauer ging geschickt mit dem Beauftragten der Räte um. So konnte er durchsetzen, dass dieser Beauftragte in der Verwaltung des Stadtrates nichts bewegen konnte.<sup>9</sup> Neben diesen Räten versuchten sich zudem Kommunisten und linkssozialistische Kräfte wie der Spartakusbund in der Ausübung von Regierungsgewalt. Die SPD selbst war gespalten und wurde hart auf die Probe gestellt, bis sich letztlich der gemäßigte Flügel mit der MSPD durchsetzen konnte und nach und nach parlamentarische

3 Elmar Scheuren/ Christoph Trapp, Separatisten im Siebengebirge. Die «Rheinische Republik» des Jahres 1923 und die «Schlacht» bei Aegidienberg (16./17.11.1923), Königswinter 1923, S. 15–21.

4 Henning Köhler, Adenauer und die rheinische Republik. Der erste Anlauf 1918–1924, Opladen 1986, S. 159 f.

5 Klaus Reimer, Rheinlandfrage und Rheinlandbewegung (1918–1933), Frankfurt am Main 1979, S. 411–416.

6 Peter Koch, Konrad Adenauer. Eine politische Biografie, Hamburg 1985, S. 41–58; Köhler, Adenauer und die rheinische Republik (wie Anm. 4), S.146–163; Reimer, Rheinlandfrage (wie Anm. 5), S. 414 ff.

7 Reinhard Sturm, Kampf um die Republik 1919–1923, in: <http://www.bpb.de/geschichte/nationalsozialismus/dossier-nationalsozialismus/39531/kampf-um-die-republik-1919-1923>. Abgerufen am 4.12.2014. Siehe auch Krumeich, Die Rheinlandbesetzung, in: <http://www.bpb.de/geschichte/zeitgeschichte/geschichte-im-fluss/135676/die-rheinlandbesetzung?p=all>. Abgerufen am 2.6.2015. Karl Dietrich Erdmann, Gebhardt. Handbuch der deutschen Geschichte, Bd. 4/1, Stuttgart, 9., neu bearb. Aufl. 1973, S. 208–211.

8 Erdmann, Gebhardt (wie Anm. 7), S. 198–211.

9 Adenauer an die Verwaltung der Stadt Köln am 14.11.1918, in: Günther Schulz (Hrsg.), Konrad Adenauer 1917–1933. Dokumente aus den Kölner Jahren, Köln 2007, S. 67.

Praktiken die Oberhand gewannen. Deutschland, das am 9. November 1918 überraschend zur Republik ausgerufen wurde, schien auf dem Weg zur parlamentarischen Demokratie ein gutes Stück vorangekommen zu sein. Die Findungsphase der noch jungen Demokratie sollte aber noch eine Zeit lang dauern. Auch nach dem Beschluss der Delegierten auf dem Reichskongress der Arbeiter- und Soldatenräte für eine Verfassungsgebende Nationalversammlung dauerten die Unruhen im Deutschen Reich weiter an. Die Aufstände der Revolutionären Obleute in Berlin in der ersten Januarhälfte sowie im Frühjahr 1919 forderten viele Tote. Aufstände und Streiks wurden von Regierungstruppen, zu denen auch die Freikorps zählten, niedergeschlagen. Prominente Opfer waren Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg. Im Jahre 1920 putschte in Berlin der deutschnationale Wolfgang Kapp und rief sich selbst zum Reichskanzler aus. Das aber verhinderten im Besonderen die Gewerkschaften, so dass der Putsch im März 1920 zusammenbrach. Für weitere Unruhen sorgte ein Arbeiteraufstand im Ruhrgebiet, von Kommunisten gelenkt und von Reichswehreinheiten niedergeschlagen. 1921 wurden der Finanzminister Matthias Erzberger und 1922 der Außenminister Walther Rathenau von rechtsradikalen Terrororganisationen ermordet. In der Anfangszeit der Weimarer Republik glaubte auch der Führer der Nationalsozialistischen Arbeiterpartei, Adolf Hitler, seine Chance zu sehen. Im November 1923 erklärte er die bestehende Reichsregierung für abgesetzt. Sein Putschversuch überdauerte gerade mal einen Tag, dann brach er zusammen.

Zu diesen Unruhen kamen weitere hinzu. Der Ruhrkampf und die Inflation boten dazu genügend Anlass. Im Jahre 1923 stieg die Armut in der Bevölkerung kontinuierlich an und erreichte Ende des Jahres unermessliche Ausmaße. Als Zahlungsmittel war die Mark kein Garant mehr. Ihr Wert zerfiel in einem rasanten Tempo:

«Die Mark rutschte, fiel, überstürzte sich, verlor sich im Bodenlosen. Städte, Fabriken, Handelsunternehmungen druckten Assignaten [Papiergeld] nach eigenem Belieben. Ließen Milliardenflocken auf die Straße schneien. Keiner wollte die bunten Zettel wirklich haben [...]»<sup>10</sup>

Während «Finanzspekulanten, Großindustrielle [...] und Großgrundbesitzer» und vor allem auch der Staat die Gewinner der Inflation waren, traf es besonders hart «die deutschen Mittelschichten, die Lohn- und Gehaltsempfänger»<sup>11</sup>. Die Mark war gegenüber einer Goldmark im Jahre 1914 im Dezember 1919 ein Zehntel wert, am 31. Oktober 1922 nur noch ein Tausendstel. Der Ruhrkampf beschleunigte den Wertzerfall der Mark ins kaum Vorstellbare. Von 100.000 am 20. Juli 1923 betrug der Wertverlust der Mark eine Billion (1000.000.000.000).<sup>12</sup> Erst das Ende des Ruhrkampfes Ende September 1923 und die Einführung der Rentenmark am 16. November 1923 vermochten die «galoppierende Inflation» zu stoppen.<sup>13</sup>

Dieser skizzierte Hintergrund in den Jahren zwischen 1918 und 1923 ermöglichte erst die Unruhen im Rheinland.

10 Max Krell, Das alles gab es einmal, Frankfurt am Main 1961, S. 67, zitiert nach Heinz Dieter Schmid (Hrsg.), Fragen an die Geschichte, Bd. 4, Frankfurt am Main 1984, S. 32.

11 Arthur Rosenberg, Geschichte der Weimarer Republik, Frankfurt am Main 1961, S. 67, zitiert nach Schmid (Hrsg.), Fragen an die Geschichte (wie Anm. 7), S. 32.

12 Schmid, Fragen an die Geschichte (wie Anm. 7), S. 32.

13 Ebd., S. 33 f.



## 2. Die Rheinlandfrage

Für das Rheinland stellten sich zwei entscheidende Fragen: Wie war seine Einbindung ins Deutsche Reich? Wie war sein Verhältnis zu Frankreich? Dabei waren sowohl die geografische Lage als auch die Wirtschaft des Rheinlandes von entscheidender Bedeutung.

Nach dem Ersten Weltkrieg regelten sowohl das Besatzungsstatut als auch die Bestimmungen des Versailler Vertrages die Belange des Rheinlandes. Es dürfte nach Ausgang des Ersten Weltkrieges für das Deutsche Reich nicht überraschend gewesen sein, dass im besonderen Maße der Westen des Reichs in Mitleidenschaft gezogen wurde; auch nicht, dass Frankreich auffallend viele Handlungsoptionen für sich beanspruchte. Frankreich verlangte vom Reich und auch von den anderen Siegermächten Sicherheiten, die eine nochmalige Okkupation französischer Gebiete durch Deutschland verhindern sollten. Immer wieder brachten deshalb französische Politiker den Rhein als ihre Staatsgrenze im Westen ins Spiel.<sup>14</sup> Aber auch die deutsche Wirtschaft, vor allem die Schwerindustrie, war für Frankreich verlockend und sollte der eigenen Wirtschaft dienlich gemacht werden. Das reichte vom Saar- bis hin zum Ruhrgebiet. Dass es dazu letztlich auf lange Dauer nicht kam, ist auf den britischen Gedanken des Gleichgewichts (Balance of Power) zurückzuführen. Im Besonderen England konnte und durfte es deshalb nicht egal sein, dass Frankreich seinen Einfluss auf Deutschland über die Maßen verstärkte. Eine mitteleuropäische Vormachtstellung Frankreichs war für England nicht hinnehmbar. Das schlug sich dann auch in den Verhandlungen zum Versailler Vertrag nieder. Dort wurden die eingeforderten französischen Gebietsansprüche beschnitten. Weder dem Verlangen, den Rhein als natürliche Ostgrenze Frankreichs festzulegen, noch dem Ansinnen, auf langfristige wirtschaftliche Einflussnahme, wurde entsprochen.<sup>15</sup> Trotz dieser Bestimmungen versuchte Frankreich immer wieder, seinen Einfluss auf das Deutsche Reich geltend zu machen. In England sah Adenauer den Garanten für einen Verbleib des Rheinlandes im Reichsverband. So ließ er in einer unveröffentlichten Denkschrift über die Vorgänge 1918/19 dem Vorsitzenden des Verbandes der Geschichtslehrer, Arnold Reimann, im Jahre 1926 wissen, dass «auf den gegebenen Gegensätzen zwischen englischer und französischer Politik hier am Rhein vielleicht einmal allein unsere Rettung beruhen könne». Weiter fuhr Adenauer fort: Wenn die Engländer aus ihrer Zone in und um Köln abgezogen wären, «wäre das Rheinland heute nicht mehr beim Reiche».<sup>16</sup> Inwieweit Adenauer damit Recht behielt, lässt sich im Nachhinein schwerlich feststellen. Karl Dietrich Erdmann äußerte dazu:

«Der Politiker ist kein Historiker. Die Erinnerung bildet sich ihm so, wie er sie für den unmittelbar praktischen Zweck oder für die Überlieferung braucht.»<sup>17</sup>

Frankreich kamen auch die Wirren der Nachkriegszeit zugute. Die Gefahr, dass das Reich dabei seine Einheit verlor, war in den Jahren zwischen 1918 und 1923 ein latent vorhandener Zustand. Dafür sorgte auch der rheinische Separatismus. Die Separatisten<sup>18</sup> wollten das Rheinland vom übrigen Reich abtrennen und als eine selbständige Größe etablieren. Dabei wäre es ohne Rückhalt auf das Reich dem Zugriff stärkerer Mächte ausgeliefert gewesen, im Besonde-

14 Köhler, Adenauer und die rheinische Republik (wie Anm. 4), S. 80 ff.

15 Siehe dazu die Bestimmungen des Versailler Vertrages, Teil II, Art. 27, Teil III, Abschn. IV, Art. 50, Anlage Kap. 1.

16 Historisches Archiv der Stadt Köln, Adenauer an Reimann, 11. Juni 1926, zitiert nach Karl Dietrich Erdmann, Adenauer in der Rheinlandpolitik nach dem ersten Weltkrieg, Stuttgart 1966, S. 194.

17 Erdmann, Adenauer in der Rheinlandpolitik (wie Anm. 13), S. 201.

18 Vgl. Versailler Vertrag vom 28. Juni 1919, Teil II, Art. 27,2 und Teil X, in: <http://www.versailer-vertrag.de/vv-i.htm>.

ren Frankreich, das die linksrheinischen Gebiete besetzt hielt und die Rohstoffe des Saarlandes, Elsaß, Lothringens und des Ruhrgebietes für die eigene Produktion nutzbar machte. Zudem wurde Frankreich von den Separatisten unterstützt. Sie sollten mit dazu beitragen, dass sich französischer Einfluss auf das Deutsche Reich vergrößerte. Als Gegenleistung erhielten sie von Frankreich finanzielle Unterstützung, sowohl 1918 als auch 1923.<sup>19</sup> Dass jedoch die Separatisten auf Dauer nichts bewirken konnten, lag zum einen an ihrer desaströsen Organisation und zum anderen an ihrer sozialen und auch politischen Isolation. Weder führende Politiker noch entscheidende Bevölkerungsteile konnten sie für sich gewinnen.<sup>20</sup> Selbst die französischen Förderer zogen sich von ihnen zurück, als sie gewahr wurden, dass diese letztlich kaum etwas in ihrem Sinne bewirken konnten.

### 3. Adenauers Rheinstaatspläne

Nach Marie-Luise Recker folgten Adenauers Rheinstaatspläne der jeweiligen Verfassung des Deutschen Reichs.<sup>21</sup> Henning Köhler dagegen vermisst in Adenauers Politik vom «Ausbruch der Revolution in Köln bis zur Unterzeichnung des Friedensvertrages» eine klare Linie.<sup>22</sup> Verhaltener als Köhler argumentierte Günther Schulz. So habe Adenauer auf die Ausrufung der Rheinischen Republik am 6. Dezember 1918 durch das Zentrum zurückhaltend reagiert. Er wollte sich zunächst einmal einer breiten Unterstützung aller Parteien in dieser Sache vergewissern. Karl Dietrich Erdmann schätzte Adenauer ähnlich wie Recker ein. Er wies nach, dass Adenauer der jeweiligen Gesetzeslage folgte.<sup>23</sup> Auch habe er ein sicheres Gespür für den politischen Zeitgeist: «Seine Politik ist experimentierend, induktiv. Sie geht nicht vom begrifflich gefassten Ziel, sondern von der gegebenen Situation und den gegebenen Kräften aus.»<sup>24</sup> Erst am 1. Februar 1919 erhielten dann seine Rheinstaatspläne Konturen. In seiner Rede vor Abgeordneten und Bürgermeister der linksrheinischen Gebiete sprach er sich für die Schaffung einer Westdeutschen Republik aus:

«Entweder wir kommen direkt oder als Pufferstaat an Frankreich, oder wir werden eine Westdeutsche Republik; ein drittes gibt es nicht.»<sup>25</sup>

Diese These sollte sich im Nachhinein nicht bewahrheiten. Ob und inwieweit das Adenauer nach 1924 auch so sah, bleibt ungewiss. Adenauer war ein Machtmensch und Taktiker. Das steht außer Frage. Vor allem war er auch Rheinländer und Katholik. Auf diesem Hintergrund erst sind seine Äußerungen zu verstehen. Das Rheinland wollte er gegenüber Preußen gestärkt wissen. Die Ausrufung einer Westdeutschen Republik sollte dazu beitragen. Dabei ging er recht geschickt vor. Vor allem wollte er die Alliierten, sowohl Franzosen, Engländer als auch Amerikaner, nicht verärgern. Für die Sicherheitsgarantien der Franzosen zeigte er großes Verständnis. Durch eine Westdeutsche Republik würde Preußen geschwächt, die Gefahr eines erneuten

19 Reimer, *Rheinlandfrage und Rheinlandbewegung (1918–1933)*, Frankfurt am Main 1979, S. 411–416.

20 Beispielhaft dafür steht die Bevölkerung im Siebengebirge. Gezielt gingen sie gegen separatistische Gruppen vor und verteidigten ihnen gegenüber ihr Hab und Gut. Dabei gab es auf beiden Seiten viele Opfer.

21 Marie-Luise Recker, *Konrad Adenauer. Leben und Politik*, München 2010, S. 18 ff.

22 Köhler, *Adenauer und die rheinische Republik* (wie Anm. 4), S. 31–46.

23 Erdmann, *Adenauer in der Rheinlandpolitik* (wie Anm. 13), S. 68.

24 Ebd., S. 70.

25 Ansprache Adenauers am 1. Februar 1919 in Köln, in: Schulz (Hrsg.), *Konrad Adenauer 1917–1933* (wie Anm. 6), S. 214.

Krieges ausgeschlossen werden. Dafür sorgten auch Amerika und England. Während Amerika «im Interesse seiner Prinzipien» handeln würde, sei England daran interessiert, Frankreich in Mitteleuropa nicht zu einflussreich werden zu lassen. Und das würde vor allem Deutschland zugutekommen. Diskrepanzen zwischen beiden Mächten könnten letztlich nur Deutschland nützen. Ungeschminkt sprach Adenauer sich nachhaltig für eine «Westdeutsche Republik im Verbands des Deutschen Reiches» aus:

«Diese Westdeutsche Republik würde wegen ihrer Größe und wirtschaftlichen Bedeutung in dem neuen Deutschen Reiche eine bedeutungsvolle Rolle spielen und demgemäß auch die außenpolitische Haltung Deutschlands in ihrem friedensfreundlichen Geiste beeinflussen können.»<sup>26</sup>

Mit diesem Vorschlag glaubte Adenauer sowohl die Engländer als auch die Franzosen gewinnen zu können. Der Frieden in Europa sei damit gewährleistet.<sup>27</sup> Das sahen jedoch sowohl die Engländer als auch die Franzosen anders. Deren Gedanken spiegelten sich dann auch im Versailler Vertrag wider.<sup>28</sup> Zudem bewirkte die Verabschiedung der Reichsverfassung, dass Adenauer seine Pläne vorerst fallenließ. Diese griff er wieder auf, als Franzosen und Belgier am 11. Januar 1923 ins Ruhrgebiet einmarschierten. Deutschland reagierte daraufhin mit der Einstellung der Reparationszahlungen und mit passivem Widerstand. Mehr und mehr geriet das Deutsche Reich dabei in Schwierigkeiten. Die Inflation beschleunigte diese noch.

War das Reich zum Beispiel gegenüber der Ruhrbesetzung durch französische Truppen in seiner Handlungsfähigkeit ohnmächtig, kam es Adenauer darauf an, einen Kompromiss mit Frankreich zu suchen:

«Aus Adenauers Sicht waren die Rheinstaatpläne aus der Notwendigkeit geboren gewesen, in der existenziellen Krise des Deutschen Reiches die Belange der besetzten Gebiete zu wahren und diesen angesichts der harten Hand der französischen Besatzungsbehörden und der schwindenden materiellen Unterstützung aus Berlin einen Weg aus der Zwangslage zu weisen.»<sup>29</sup>

Die Situation des Deutschen Reiches im September/Oktober 1923 ließ Adenauer in Sachen einer Westdeutschen Republik wieder aktiv werden. Dabei sollte über die wirtschaftliche die politische Aussöhnung und Zusammenarbeit mit Frankreich erreicht werden. Bei einem Treffen mit dem französischen Hochkommissar Paul Tirard am 29. November 1923 wurden die Pläne Adenauers durchkreuzt. Der Rheinstaat sollte «eine Konföderation kleinerer Staaten» werden, die Reparationslasten nicht gemildert und eine Aussöhnung mit Frankreich vorerst nicht in Frage kommen.<sup>30</sup> Trotz dieser ablehnenden Geste hielt Adenauer daran fest, dass nur «ein Bundesstaat im Verbands des Reiches» Frankreich und Deutschland einander näher bringen würde. Auch erhoffte sich Adenauer eine Annäherung beider Staaten durch eine wirtschaftliche Zusammenarbeit: «Durch Verflechtung der Industrien würden gemeinsame wirtschaftliche Interessen geschaffen und die friedliche Zusammenarbeit unterstützt.»<sup>31</sup> Sowohl Berlin als auch Paris lehnten diese Zusammenarbeit jedoch ab.

Mehr und mehr schwanden die anfänglichen Bedenken, Frankreich könnte das Rheinland annektieren, durch politische und wirtschaftliche Rahmenbedingungen:

«Durch die Währungsreform mit der folgenden innenpolitischen Beruhigung, den allmählichen Wirtschaftsaufschwung, einen Umschwung der französischen Politik mit Annahme des Dawes-

26 Ebd., S. 211.

27 Ebd.

28 Erdmann, Gebhardt (wie Anm. 7), S. 198–211.

29 Recker, Adenauer (wie Anm. 18), S. 18.

30 Schulz (Hrsg.), Konrad Adenauer 1917–1933 (wie Anm. 6), S. 198.

31 Ebd., S. 198.

Planes, der die Reparationszahlungen neu regelte, und die Räumung des Ruhrgebietes löste sich die Rheinlandfrage in den nächsten Monaten.»<sup>32</sup>

Dass Adenauer über den November 1923 hinaus an seinem Konzept eines rheinischen Bundesstaates im Reichsverband festhielt, will Schulz in der spezifischen Handlungsweise Adenauers erkennen. So sei es ihm nicht auf außenpolitische Überlegungen angekommen, sondern allein auf die Belange des Rheinlandes. Dabei habe er als Kölner Oberbürgermeister gehandelt:

«Er war weniger an den außenpolitischen Rahmenbedingungen als an den konkreten Problemen orientiert, die sich ihm als Oberbürgermeister im besetzten Gebiet stellten.»<sup>33</sup>

In seinem Schreiben am 12. Dezember 1923 an Tirard äußerte Adenauer, dass allein vom Rheinland als westdeutschen Bundesstaat Frieden ausgehen könnte und dadurch die Zusammenarbeit mit Frankreich gefestigt werde. Nicht nur werde das Rheinland gegenüber dem Reich gestärkt, sondern auch Frankreich. Die gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen würden anstehende Probleme und Schwierigkeiten beheben können. Adenauer dachte dabei an die Reparationsfrage, an die Besatzungsfrage und an die Rheinlandkommission:

«Nur wenn dieser Bundesstaat frei würde von Besatzung und frei von der Rheinlandkommission, würde er in der Lage sein, mit seinem ganzen Gewicht auf die deutsche Politik im Sinne eines dauernden, friedlichen Zusammenarbeitens mit Frankreich einzuwirken.»<sup>34</sup>

Damit habe sich Adenauer nach Koch «auf dünnem Eis» bewegt.<sup>35</sup> Köhler dagegen sah in Adenauer eine ambivalente Persönlichkeit, die vor allem eigennützig gehandelt habe. So habe Adenauer den Gedanken eines westdeutschen Bundesstaates dann fallengelassen, wenn er für sich eine «einflussreiche Stellung im Nachkriegsdeutschland» mutmaßte.<sup>36</sup> Diese Charakterisierung kommt auch der Beurteilung Adenauers durch Koch nahe, der in ihm einen Pragmatiker und Taktierer sah.<sup>37</sup>

## 4. Wesenszüge der Politik Adenauers zwischen 1918 und 1923

Adenauer trat stets für ein starkes und vereintes Deutschland ein. Er strebte einen westdeutschen Bundesstaat im Reichsverband an und wollte dadurch die Machtfülle Preußens einschränken. Eine Trennung des Rheinlandes vom Deutschen Reich aber kam für ihn zu keiner Zeit in Frage.

Als Adenauer erkannte, dass eine Westdeutsche Republik auf verfassungsrechtlichem Wege nicht durchsetzbar war und der Versailler Vertrag sowie die Verfassung das nicht ermöglichten, distanzierte er sich von seinem ehemaligen Vorhaben und auch von separatistischen Gruppen um Josef Adam Dorten, Friedrich Matthes, Josef Smeets, Leo Decker und anderen Frei- und Sonderbündlern, die auch nach 1919 weiterhin bestanden, von der Bevölkerung aber größ-

32 Ebd., S. 201.

33 Ebd., S. 202.

34 12. Dezember 1923: Gegenvorschlag Adenauers zu einer Denkschrift Tirards, in: Schulz (Hrsg.), Konrad Adenauer 1917–1933 (wie Anm. 6), S. 226 f.

35 Peter Koch, Konrad Adenauer. Eine politische Biographie, Hamburg 1985, S. 43.

36 Köhler, Adenauer und die rheinische Republik (wie Anm. 4), S. 124.

37 Koch, Adenauer (wie Anm. 31), S. 58.

tenteils gemieden und auch bekämpft wurden.<sup>38</sup> Auch Frankreich zeigte 1919/20 vorerst kein erkennbares Interesse mehr, separatistische Gruppen um Dorten und Matthes sowie Smeets weiterhin zu unterstützen.

Als sich aber unter Raymond Poincaré mit der Ruhrbesetzung die Situation gegenüber dem Deutschen Reich zuspitzte, sahen auch wieder die Frei- und Sonderbündler ihre Chance gekommen. Außer Decker in Aachen waren es vor allem Matthes und Dorten, die mit Unterstützung Frankreichs eine Rheinische Republik verlangten. Anders als 1919 wollten sie dieses Mal eine Republik außerhalb des Reichsverbandes. Dagegen setzten sich aber die Belgier und Engländer zur Wehr. Sie befürchteten einen nicht unerheblichen Machtzuwachs Frankreichs. Das aber hätte die Mächtekonstellation zwischen den europäischen Mächten außer Kontrolle geraten lassen.<sup>39</sup> Auch Adenauer sprach sich gegen eine Machtausdehnung Frankreichs aus. Er befürchtete im Jahre 1923 vor allem, dass Frankreich das linksrheinische Gebiet für immer annektieren könnte. Um das zu verhindern, ging er wieder einmal in die Offensive und unterbreitete dem französischen Hochkommissar Tirard einen Vorschlag. Weder eine Abtrennung des linksrheinischen Gebietes noch ein rheinischer Pufferstaat würden auf Dauer dem Sicherheitsstreben Frankreichs genügen. Sobald Deutschland in der Lage sei, sich zu wehren, würde es die verlorenen Gebiete zurückverlangen. Von langer Friedensdauer sei dagegen ein westdeutscher Bundesstaat im Verbund des Reiches. Dieser könnte eine wirtschaftliche Verflechtung der Schwerindustrie mit Frankreich eingehen:

«Ein dauernder Friedenszustand zwischen Frankreich und Deutschland kann nur in der von mir ins Auge gefassten Weise begründet werden durch Verstärkung des Einflusses Westdeutschlands innerhalb des Deutschen Reiches und durch Schaffung gemeinsamer wirtschaftlicher Interessen zwischen Westdeutschland und Frankreich.»<sup>40</sup>

Damit dieser zu schaffende Bundesstaat seine Wirkungskraft entfalte, dürfte es nicht zur Schaffung mehrerer Bundesstaaten innerhalb dieser Republik kommen. Vielmehr könnte die Westdeutsche Republik nur durch Stärke und somit durch Zusammenführung der Pfalz, Hessen, der Rheinprovinz und Westfalen dauerhaften Frieden gewährleisten.<sup>41</sup> Dieser Vorschlag wurde von Poincaré und Tirard abgelehnt. Dadurch würde Frankreich keine effiziente Garantie erhalten.<sup>42</sup>

Bereits vor seinem Vorschlag an Tirard im Dezember 1923 befand sich das Deutsche Reich in einer ausufernden Staatskrise. Ruhrbesetzung, galoppierende Inflation und die Suche nach einem Ausweg aus der großen Not, in der sich das Reich befand, ließen in Berlin Gedanken aufkommen, die Ausweglosigkeit signalisierten. So wollten einige Politiker in Berlin das Rheinland «versacken» lassen und den Franzosen die Unterhaltslasten aufbürden.<sup>43</sup> Vor allem Adenauer konterte mit seinem Vorschlag vom Dezember 1923. Flankenhilfe erhielt er dabei weder von der Reichsregierung noch von der französischen Politik. Als sich Anfang 1924 die deutsche Wirtschaft erholte und die französische Innenpolitik schwächelte, erübrigten sich weitere Überlegungen zur Schaffung einer Rheinischen Republik.

38 Reimer, Rheinlandfrage (wie Anm. 16), S. 41 ff.

39 Ebd., S. 414 f.

40 12. Dezember 1923: Gegenvorschlag Adenauers zu einer Denkschrift Tirards, in: Schulz (Hrsg.), Adenauer 1917–1933 (wie Anm. 6), S. 226.

41 Ebd., S. 227.

42 Adenauers Haltung von Beginn des Ruhrkonflikts bis zum Abbruch des passiven Widerstands, in: Henning Köhler, Adenauer. Eine politische Biographie, Frankfurt am Main 1994, S. 174–183.

43 Vgl. Erdmann, Adenauer in der Rheinlandpolitik (wie Anm. 13), S. 187–203.

## 5. Vorwürfe gegen Adenauer

«Von der politischen Rechten in der Weimarer Republik, später von den Nationalsozialisten, wird ihm Landesverrat vorgeworfen: Er habe zu denen gehört, die nach 1918 die Rheinlande aus dem Verband des Deutschen Reiches abtrennen und einen eigenen, in enger Verbindung mit Frankreich stehenden Staat bilden wollten. Obwohl das gegen ihn 1933/34 von den Nationalsozialisten angestrebte Dienststrafverfahren hierzu keinerlei belastendes Beweismaterial zutage förderte und die Anklage fallengelassen werden musste, wurde der Separatismus-Vorwurf nach 1945 besonders von der Propaganda der SED erneuert.»<sup>44</sup>

Wie Köhler wirft auch Peter Koch die Frage auf, ob Adenauer ein Separatist war. Seine Antwort darauf ist nicht eindeutig. Es komme auf die Begriffsdefinition an. Würde man darunter die Trennung der Rheinlande von Preußen verstehen, dann sei Adenauer sehr wohl ein Separatist gewesen. Bei der Trennung der Rheinlande vom Reich dagegen sei die Antwort wesentlich diffiziler. Um französischen Annexionsbestrebungen entgegen zu treten, sei Adenauer bereit gewesen, eine «Rheinisch-Westfälische Republik» zu gründen. Dieses Gebilde sollte handlungsfähig sein und sich sowohl gegenüber Preußen als auch Frankreich behaupten können.<sup>45</sup> Unstreitig ist, dass Adenauer nach einem *Modus Vivendi* suchte. Um französischen Ansprüchen zu genügen, war er bereit, Preußen durch die Gründung einer Westdeutschen Republik in seinem gesamtdeutschen Einfluss zu beschränken und dadurch Frankreichs Sicherheitsverlangen entgegen zu kommen. Hans-Peter Schwarz hebt die politische Raffinesse sowie das taktische Kalkül Adenauers hervor und begründet dessen Verhalten und Handeln mit den jeweils vorherrschenden politischen Gegebenheiten. So habe Adenauer mit dem Einbringen der Westdeutschen Republik lediglich an eine Loslösung von Preußen gedacht und das auch nur im Notfalle. Weiter führt Schwarz aus, dass Adenauer die von ihm ins Auge gefasste Westdeutsche Republik nicht genügend präzisiert habe. Stets habe er sich weitere Optionen des politischen Vorgehens offen gehalten.<sup>46</sup> Eine Trennung der Rheinlande vom Reich wollte er dabei möglichst verhindern. Viele Male sprach er sich für die Einheit des Deutschen Reiches aus.<sup>47</sup> In den Verdacht, Separatist zu sein, geriet Adenauer auch wegen seiner Beziehungen zu Dorten, auch wenn er sich von ihm im Nachhinein distanzierte.<sup>48</sup> Dass Adenauer Frankreich nicht zuarbeitete, wurde in den Äußerungen des französischen Präsidenten Poincaré und des Vorsitzenden der Rheinlandkommission Tirard deutlich. Beide mahnten gegenüber Adenauer zur Vorsicht und er wurde von ihnen nicht als *persona grata* eingestuft. In seinem Urteil über Adenauer machte der französische Staatsmann Georges Clemenceau deutlich, dass dieser die Separatisten sogar ausschaltete. Auf ihn ließe sich das Scheitern der Separatistenbewegung zurückführen.<sup>49</sup>

Auch Rudolf Morsey setzt sich mit dem Vorwurf, Adenauer sei ein Separatist gewesen, auseinander. Dabei macht er deutlich, dass es in der Hauptsache um machtpolitische Aspekte

44 Ebd. siehe auch Rudolf Morsey, Adenauers Rheinlandpolitik 1918/19 in der Sicht von NSDAP- und SED-Autoren (1933/34 und 1952/1961), in: [www.kas.de/upload/ACDP/HPM 12 05/HPM 12 0](http://www.kas.de/upload/ACDP/HPM%2005/HPM%200). Abgerufen am 08.03.2014.

45 Koch, Adenauer (wie Anm. 31), S. 54–57.

46 Hans-Peter Schwarz, Anmerkungen zu Adenauer, München 2004, S. 124 ff.

47 12. Dezember 1923: Gegenvorschlag Adenauers zu einer Denkschrift Tirards (wie Anm. 30), in: Schulz (Hrsg.), Adenauer 1917–1933 (wie Anm. 6), S. 224–227.

48 Henning Koch will von sechs Begegnungen wissen, die vom Dezember bis März 1919 stattgefunden haben sollen (Koch, Adenauer [wie Anm. 31], S. 56).

49 Koch, Adenauer (wie Anm. 31), S. 56.

ging. Adenauer sollte mit seiner Rheinlandpolitik und seiner Politik der Westorientierung matt gesetzt werden. Im Einzelnen geht Morsey dabei auf die Zeit der Weimarer Republik, auf den Nationalsozialismus und auf die Zeit nach 1945 ein und weist nach, dass die Vorwürfe gegenüber Adenauer nicht überzeugen.<sup>50</sup> Auch habe es für Adenauer «keine Möglichkeit [gegeben], sich gegen entsprechende Vorwürfe zu wehren».<sup>51</sup> Das aber trifft so nicht zu. Sehr wohl konnte sich Adenauer gegen den Vorwurf, ein Separatist gewesen zu sein, zur Wehr setzen. Deutlich wurde das im Dienststrafverfahren, das gegen ihn seit 1933 verhängt wurde. Die Nationalsozialisten versuchten alles nur Erdenkliche, um Adenauer des Landesverrates zu überführen. Walther Ilges sollte das bewerkstelligen.<sup>52</sup> Dieser wurde vom Oberbürgermeister der Stadt Köln, Günter Riesen, im März 1933 beauftragt, Aktenbestände im Kölner und Düsseldorfer sowie im Koblenzer Staatsarchiv nach belastendem Material gegen Adenauer zu durchforsten. Nach anfänglichem Optimismus musste sich Ilges eingestehen, dass die Durchsicht des Aktenbestandes viele Jahre andauern würde. Es fanden sich im Verlaufe der Aktendurchsicht auch keine stichhaltigen Punkte für eine Tätigkeit Adenauers als Separatist, so dass dieser Vorwurf im Sande verlief und Adenauer darüber triumphierte.<sup>53</sup> Gleichwohl versuchten politische Akteure auch nach 1945 den Separatisten-Vorwurf immer wieder ins Spiel zu bringen. In den Westzonen zum Beispiel Heinz Kühn (SPD), Max Reimann (KPD) und in der Ostzone Albert Norden, Otto Winzer sowie Joachim Peck.<sup>54</sup> Diese stützten sich in ihrer Argumentation auf Adam Dorten, Joachim Peck vor allem auf Walther Ilges. Dieser aber war durch und durch Nationalsozialist und schrieb über den «Hochverrat des Zentrums am Rhein».<sup>55</sup> All diesen Vorwürfen fehlte es an Überzeugungskraft.

Adenauer selbst sah den Separatismus ohne staatstragende Rolle. Als Koblenz von den Separatisten zeitweilig eingenommen wurde, war er sich sicher, dass diese im Kölner Raum nichts auszurichten vermochten, wenn nur die britischen Besatzer standhaft blieben und darauf beharrten, dass von ihnen allein die Staatsform bestimmt werde. Gegenüber dem britischen General Clive äußerte er:

«Erlassen Sie eine Verordnung, nach der die Staatsform in der britischen Besatzungszone nicht geändert werden darf ohne Ihre Zustimmung; ich garantiere Ihnen, dass dann keiner die Zustimmung nachsuchen wird.»<sup>56</sup>

Der englische Bezirksdelegierte für Köln, Major Julian Piggott, beurteilte Adenauer hinsichtlich seiner politischen Einstellung:

«Meiner Meinung nach handelte Doktor Adenauer stets in Deutschlands Interesse. Er tat dafür alles, was in seiner Macht stand und zeigte bei jeder Gelegenheit eine äußerst loyale Haltung. Aus meiner persönlichen Erinnerung kann ich versichern, daß er zu keiner Zeit während meiner Tätigkeit in Köln auch nur die geringste Sympathie für die separatistische Bewegung zeigte,

50 Morsey, Adenauers Rheinlandpolitik (wie Anm. 40).

51 Ebd., S. 81.

52 Walther Ilges, geb. 1870 in Breslau, absolvierte ein breit gefächertes Studium in Sprach- und Geisteswissenschaften ohne Abschluss und übernahm den kleinen metallverarbeitenden Betrieb seines Vaters in Köln. Politisch sprach er sich gegen den Kommunismus und später für den Nationalismus aus, wo er ab 1933 eine Stellung im Sicherheitsdienst der SS innehatte. Seine schriftstellerische Tätigkeit fand er in einigen Bühnenstücken und Hörspielen sowie in einer Schrift, die sich mit den Separatisten im Rheinland beschäftigte (Morsey, Adenauers Rheinlandpolitik [wie Anm. 40], S. 84 f.).

53 Ebd., S. 81–89.

54 Ebd., S. 81 f.

55 Ebd., S. 82.

56 Stiftung Bundeskanzler-Adenauer-Haus (Hrsg.), Konrad Adenauer. Dokumente aus vier Epochen deutscher Geschichte. Das Buch zur Ausstellung, Rhöndorf 1997, S. 52.

sondern im Gegenteil alle Mittel, die ihm zur Verfügung standen, nutzte, um die Bewegung zu bekämpfen.»<sup>57</sup>

Dieses Urteil entlastet den Vorwurf, dass Adenauer ein Separatist gewesen sei und damit die Reichseinheit in erheblichem Maße gefährdet habe.

## 6. Adenauer und die Separatisten

Von verschiedenen Gruppen und Personen wurde 1918/19 in Erwägung gezogen, die «Rheinische Republik» zu schaffen (Hans Adam Dorten, Joseph Friedrich Matthes, Franz Josef Smeets, Leo Decker).<sup>58</sup> Dorten, der Ende 1918 und Anfang 1919 mit Adenauer zusammengearbeitet haben will<sup>59</sup>, setzte sich für eine rheinische Republik ein, wollte aber eine Hinwendung zur französischen Kultur, die für ihn das Maß aller Dinge darstellte. Das wird vor allem in seiner Schrift «Die rheinische Tragödie» deutlich, die er seinem Gönner und Freund General Charles Mangin gewidmet hatte. Darin preist er den kulturellen Fortschritt der Franzosen gegenüber anderen Völkern. Während sich die Deutschen in Unterwürfigkeit ergeben würden, entscheide der Franzose selbstkritisch und aus freien Stücken.<sup>60</sup> Wie Karl der Große auf dem kulturellen Erbe der Römer aufbaute, sollte auch vom Rhein die westliche Zivilisation ausgehen, die allen Völkern zugutekomme.<sup>61</sup> So ähnlich dachte auch der Kölner Oberbürgermeister Konrad Adenauer. Das zeigte vor allem seine Ansprache vor einer Versammlung der linksrheinischen Abgeordneten in der Nationalversammlung, der linksrheinischen Abgeordneten in der preußischen Landesversammlung und der Oberbürgermeister der besetzten rheinischen Städte am 1. Februar 1919. Alternativen zur Schaffung einer Westdeutschen Republik konnte er nicht erkennen. Es bliebe ohne diesen Schritt nur noch die Annexion des Rheinlandes durch Frankreich oder aber das Gebilde eines Pufferstaates übrig.<sup>62</sup> In seinem Vortrag ging Adenauer auf die damalige Situation ein, in der sich Deutschland befand. Diese sei alles andere als hoffnungsvoll. Das Deutsche Reich müsse sich den Gegebenheiten stellen und vor allem auch Verständnis für das Verhalten Frankreichs aufbringen. Frankreich wollte eine Sicherheitsgarantie gegenüber Deutschland haben. Auch würde nach den Alliierten im Besonderen Preußen nicht fähig zum friedvollen Miteinander der Völker sein. Von ihm gehe weiterhin Kriegsgefahr aus. Eine Westdeutsche Republik aber könnte Frankreich zum Einlenken bringen. Wie Adenauer sah sich Dorten vor allem als Rheinländer. Dieser strebte danach, das «Reich Karls des Großen wieder zu errichten, die deutschen Länder [...] der lateinischen Kultur wieder zuzuführen und ein aufrichtiges Verständnis mit Frankreich zu erwirken».<sup>63</sup> Nach Dorten sollte die rheinische Republik das «wahre Deutschtum retten, das vor dem Untergang» stehe.<sup>64</sup> Unter dem wahren

57 Ebd.

58 [https://www.historisches-lexikon-bayerns.de/Lexikon/Rheinische\\_Republik](https://www.historisches-lexikon-bayerns.de/Lexikon/Rheinische_Republik). Abgerufen am 8.8.2013.

59 Josef Adam Dorten, *Die rheinische Tragödie*, Bad Kreuznach 1979, S. 32 ff.

60 Ebd., S. 7.

61 Ebd., S. 9.

62 Köln, 1. Februar 1919: Ansprache Adenauers vor einer Versammlung der linksrheinischen Abgeordneten in der Nationalversammlung, der linksrheinischen Abgeordneten in der preußischen Landesversammlung und der Oberbürgermeister der besetzten rheinischen Städte, in: Schulz (Hrsg.), *Adenauer 1917–1933* (wie Anm. 6), S. 203–219.

63 Ebd., S. 65.

64 Bundesarchiv Koblenz (im Folgenden BArch), ZSg 105 4, S. 2, Bestand Otto Jung. Regierung der Rheinischen Republik zu Wiesbaden (Hrsg.), *Die Gründe für die Errichtung eines rheinischen Freistaates und die Vorgeschichte der Proklamation vom 1. Juni 1919*.



Deutschtum verstand Dorten «Arbeitsfreudigkeit, Fleiß und Redlichkeit»<sup>65</sup>. «Rheinischer Freimut und rheinische Friedfertigkeit» sollten das neue Deutschland des «Völkerfriedens und der Völkerfreundschaft» schaffen.<sup>66</sup> Adenauer sollte dabei maßgeblich federführend sein. Als sich Adenauer nach anfänglicher Begeisterung für eine Rheinische Republik Anfang 1919 ausgesprochen hatte, distanzierte er sich davon spätestens nach dem Versailler Vertrag, worauf ihn Dorten des Verrats an ihrer gemeinsamen Sache bezichtigte. Adenauer sei ein «Opportunist und Intrigant» und immer stets auf seinen eigenen Vorteil bedacht. Er gehöre mit zum «kölsche [n] Klüngel», der die «rheinische Freiheit eingesargt» habe.<sup>67</sup> Anders als viele Separatisten der damaligen Zeit wollte Adenauer aber nicht die Loslösung vom Reich. Die Rheinlande sollten gegenüber der Reichshauptstadt Berlin und dem preußischen Übergewicht mehr Bedeutung als bisher erhalten. Diesem Wunsche wurde jedoch nicht entsprochen. Dass Adenauer die preußische Übermacht schmähete, rührte aus seinem politischen Verständnis eines föderativen Staatsgebildes her. Preußen aber war für ihn die Verkörperung eines Nationalismus<sup>68</sup>, der für einen Staatenbund keine Berücksichtigung vorsah.

Ein weiterer Aspekt für die «Rheinische Republik»<sup>69</sup> war für Adenauer die drohende und dauernde Annexion der linksrheinischen Gebiete durch Frankreich. Von daher kam für ihn auch ein neutrales Rheinland nicht in Betracht. Dieses würde nicht überlebensfähig sein und zum einen die Begierde Frankreichs wecken und zum anderen auch als Pufferstaat zwischen Frankreich und dem Deutschen Reich in die Bedeutungslosigkeit fallen. Die Schaffung einer «Rheinischen Republik» erledigte sich dann durch die Vorgabe alliierter Bestimmungen (Besatzungsstatut, Pariser Friedensvertrag, Weimarer Verfassung). Adenauer schätzte die Lage des Deutschen Reiches nach dem verlorenen Krieg realistisch ein und plädierte für eine klare politische Haltung gegenüber den Alliierten. Diese Positionierung konnte er in der «Schaukelpolitik» Gustav Stresemanns<sup>70</sup> nicht erkennen. Schon 1918/19 suchte Adenauer die Hinwendung zu den westlichen Alliierten und begründete diese mit der kulturellen Affinität. Anders verhalte es sich dagegen mit dem Osten (Sowjetunion). Übereinstimmende und verbindende kulturelle Werte würde es seiner Meinung nach nicht geben. Ausschlaggebend für diese Einschätzung war jedoch seine Ablehnung des Kommunismus. Deutlich wurde das in seiner Kanzlerschaft nach 1945. Dass er schon 1918/19 eine klare politische Orientierung vorgab, hat gewiss auch mit seinem christlichen Werteverständnis zu tun. Als aktiver Katholik und Christ war für ihn nicht etwa die Staatsräson in politischer und moralischer Hinsicht von maßgeblicher Bedeutung, sondern vielmehr das Naturrecht, das die Menschen mit gleichen Rechten ausstattete.<sup>71</sup> Auch entspricht diese Philosophie seinem rheinischen Lebensgefühl. Während Adenauer sich in den Rheinlanden wohl fühlte, bewirkten Berlin und Preußen bei ihm das Gegenteilige:

65 Ebd.

66 Ebd.

67 Ebd.

68 Sehr deutlich wird der übersteigerte Nationalismus im Roman «Der Untertan» von Heinrich Mann zum Ausdruck gebracht.

69 Henning Köhler vertritt die Meinung, dass Adenauer einen Rheinstaat wollte. Er macht aber deutlich, dass Adenauer dabei keineswegs separatistische Ziele verfolgte ([www.zeit.de/1986/50/adenauer-wollte-doch-den-rheinstaat](http://www.zeit.de/1986/50/adenauer-wollte-doch-den-rheinstaat)).

70 Gustav Stresemann war für Adenauer ein Vertreter dieser sogen. Schaukelpolitik. Deshalb lehnte Adenauer auch die an ihn herangetragene Kanzlerschaft ab. Ein Zusammenarbeiten mit Stresemann als Außenminister wäre für ihn unerträglich gewesen. Zu unterschiedlich waren ihre politischen Vorstellungen hinsichtlich der Staatsverfassungen.

71 Spiegel 42/1961, Mein Gott-was soll aus Deutschland werden. Konrad Adenauer und Preussen, in: <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-43366874.html>, abgerufen am 9.8.2013.

«Der Preußen-Haß Adenauers wurzelt in diesem geistesgeschichtlichen Gegensatz. Die Abneigung Adenauers gegen die «Preußen» Stresemann und Schuhmacher war eben nicht nur Haß von Mann zu Mann, sondern zugleich auch das Produkt eines historisch und geistig begründeten Widerwillens gegen eine Art von Politik, die den Einzelmenschen mit seinen Eigenrechten der Staatsräson oder irgendwelchen abstrakten Menschheitsidealen unterordnet.»<sup>72</sup>

## 7. Frei- und Sonderbündler im Spiegelbild der öffentlichen Meinung

Noch in den letzten Monaten des Jahres 1923 versuchten Frei- und Sonderbündler, eine rheinische Republik zu installieren. Sie besetzten Rathäuser und Regierungsgebäude und traten sogar in Konkurrenz zueinander auf. Da zudem noch die finanzielle Unterstützung der Franzosen und Belgier ausblieb, kapitulierten nach nur wenigen Wochen Friedrich Matthes, Josef Smeets, Leo Decker und Josef Adam Dorten. Dorten, der das luxuriöse Leben liebte, zog sich nach Nizza zurück. Allein der pfälzische Bauernführer Franz Josef Heinz konnte die autonome Republik der Pfalz noch bis zum Februar 1924 aufrechterhalten.<sup>73</sup>

Dass die Sonder- und Freibündler letztlich keinen nachhaltigen Erfolg hatten, lag auch an den öffentlichen Medien der damaligen Zeit. So argwöhnte zum Beispiel der Landauer Anzeiger in seiner Ausgabe vom 6. September 1919 über sie:

«Die Umwälzungen, die der Weltkrieg und die Revolution gebracht haben, ließen eine Reihe von Gestalten aufschießen, die man als politische Karikaturen bezeichnen kann. Zu ihnen zählen auch die Führer der Sonderbündler. Mit blitzenden Geieraugen entdeckten sie plötzlich, dass sich jetzt die Möglichkeit öffnete, aus der Bedeutungslosigkeit, zu der sie bisher verdammt waren, auf eine höhere Stufe emporzukletterten.»<sup>74</sup>

Nicht allein von den Medien blieb ihnen die erhoffte Beachtung verwehrt, sondern auch flächendeckend von der Bevölkerung:

«Das Pfälzer Volk dachte in seiner Treue zum Reich anders und versagte den Herren, die sich zu seinen Vormündern aufwarfen, die Gefolgschaft, belehrte sie zum Teil in derber Art über die wahre Gesinnung im Land.»<sup>75</sup>

Nicht anders verhielt es sich im Rheinland. So zum Beispiel in Koblenz. Als die Separatisten am 26. Oktober das Koblenzer Schloss einnahmen und vom Oberkommissar der Rheinlandkommission Tirard als «Inhaber der tatsächlichen Macht» anerkannt wurden, fanden sie nicht den Rückhalt in der Bevölkerung. So äußerte sich der Beigeordnete Binhold der Koblenzer Verwaltung am 2. November 1923:

«Das Straßenbild ist allmählich durch die französischen Maßnahmen -Belagerungszustand, Straßensperren ab 7 Uhr abends- wieder ein ruhiges geworden, doch gärt es gewaltig in der Bevölkerung. Wenn die Separatisten nicht den Schutz der französischen Waffen hinter sich hätten, würden diese verwahrlost aussehenden, in grünen Mützen und zerrissenen Kleidern durch die Straßen hungernden Burschen samt den Ministerpräsidenten mit seinem zweifelhaften Aussehen –

72 Ebd., S. 3.

73 [https://www.historisches-lexikon-bayerns.de/Lexikon/Rheinische\\_Republik](https://www.historisches-lexikon-bayerns.de/Lexikon/Rheinische_Republik), abgerufen am 8.8.2013.

74 BArch, ZSg 105 1213, Nachlass Otto Jung.

75 Ebd.

er trägt eine französische Alpenjägersmütze – in kürzester Frist aus der Stadt herausgeprügelt sein. Die Stadt am Deutschen Eck ist auch weiterhin treudeutsch.»<sup>76</sup>

Treue der Rheinländer zum Deutschen Reich hob Adenauer in seiner Ansprache am 31. Januar 1926 hervor. In einer Feierstunde anlässlich der Räumung Kölns von britischer Besatzung beschwor er die Einheit des Deutschen Reiches:

«Schwören wir Einigkeit, Treue dem Volke, Liebe dem Vaterlande! Ruft mit mir: Deutschland, geliebtes Vaterland, hoch! Hoch! hoch!»<sup>77</sup>

Dass weder Frei- und Sonderbündler noch die französischen Besatzer in den besetzten Gebieten gern gesehen waren, spiegeln auch etliche Karikaturen<sup>78</sup> wider. In ihnen kommt die Kritik im Besonderen zum Ausdruck.

Separatisten und die reichstreue Bevölkerung standen sich oftmals in kämpferischen Auseinandersetzungen gegenüber (Düsseldorf/Siebengebirge). Unterstützung fand die Bevölkerung auch von staatlicher Seite. So wurde in Berlin am 10. September 1923 eine Denkschrift zur «Einführung eines Abwesenheitsverfahrens zur Bekämpfung des rheinischen Separatismus» herausgegeben. In ihr wird beklagt, dass sich Frankreich mehr und mehr den Separatisten zur Verfügung stellte, um sein «historisches Ziel, die Rheingrenze», zu erreichen.<sup>79</sup> Um den Separatismus abzuwehren, erwog der Bund «Wiking e.V.», über die Separatisten die Reichs- und Landesacht zu verhängen. Das ging der bayerischen Staatskanzlei in München jedoch zu weit. Sie sprach sich für das Abwesenheitsverfahren aus. So konnten Separatisten ohne ihre Anwesenheit verurteilt werden.<sup>80</sup> Um Separatisten zielgerichtet überführen zu können, führte der Staatskommissar für die Pfalz personenbezogene Listen mit Name, Geburtsdatum, Beruf, Wohnort, Straße und Hausnummer ein. Vor allem sollten die Personen observiert werden, die von der französischen Presse unterstützt wurden. So schrieb der *Echo de Paris* in seiner Ausgabe 13022 vom 12. April 1920, dass Frankreich in Deutschland «die Keime der Demokratie» entwickeln müsste. Diese seien aber nicht etwa in Berlin, sondern besonders am Rhein und an der Mosel. Die wahren Demokraten seien die Leute am Rhein und an der Mosel. Diese Leute müssten von Frankreich unterstützt werden.<sup>81</sup> Der *Matin* Nr. 13238 vom 17. Juni 1920 gibt ein Interview Paul Tirards wieder, in dem er sich über die Aufgabe der französischen Politik äußert. Er wolle «der Bevölkerung die Bekanntschaft mit dem französischen Geiste und das Verständnis für Frankreich, wie es wirklich ist», ermöglichen.<sup>82</sup> Der *Echo de Paris* gibt die Rede des Abgeordneten Maurice wieder. Dieser spricht vom «Pfand am Rheine». Dieses Pfand müsste Frankreich nutzen. Für Frankreich und für den «Frieden der Welt» sowie für die Rheinländer selbst. Deren Geschicke habe Frankreich schon längst übernommen.<sup>83</sup> Das darzustellen, dürfte einer weiteren Untersuchung vorbehalten bleiben.

76 Am 23. Oktober 1923. Die Separatisten in Koblenz an der Macht. <http://www.landeshauptarchiv.de/index.php?id=393&printView=1>, abgerufen am 28.01.2014.

77 Köln, 31. Januar 1926: Ansprache Adenauers zur Feier der Räumung Kölns von britischer Besatzung, in: Schulz, Adenauer 1917–1933 (wie Anm. 6), S. 78.

78 «Vater Rhein». Plak 002-010-056, «Wir wollen frei sein.» Plak 002-012-034, «Hände weg». Plak 002-012-058, in: [www.bild.bundesarchiv.de](http://www.bild.bundesarchiv.de).

79 BArch, ZSg 105 1303, Nachlass Otto Jung.

80 Ebd., 1306.

81 Ebd., 51. *Echo de Paris* Nr. 13022 vom 12. April 1920.

82 Ebd., 51. *Matin* Nr. 13238 vom 17. Juni 1920.

83 Ebd., 51. Rede des Abgeordneten Maurice in der Kammersitzung vom 28.3.1920, in: *Echo de Paris* Nr. 13008 vom 29.3.1920.

## Abstract

Der rheinische Separatismus war eine vorübergehende Erscheinung und wurde von Frankreich unterstützt und in seiner Vielfalt beeinflusst sowie geprägt, aber auch von den Erscheinungen der unmittelbaren Nachkriegszeit. Konrad Adenauer versuchte als Kölner Oberbürgermeister die Westdeutsche Republik auf legalem Wege zu gründen und dadurch zu verhindern, dass Frankreich weitreichende Gebietsansprüche im Westen des Deutschen Reiches realisieren könnte. Auch sprach er sich gegen die Übermacht Preußens aus. Stets aber setzte er sich für die Einheit des Deutschen Reiches ein. Dass Adenauer in den Jahren nach dem Ersten Weltkrieg ein Separatist gewesen sein soll, lässt sich durch die Quellenlage nicht erhärten. Dagegen lässt sich bereits im Jahre 1923 nachweisen, dass Adenauer das deutsch-französische Verhältnis entwickelte und förderte. So glaubte er fest an ein gutes Verhältnis zwischen Frankreich und Deutschland. Die Jahre seiner Kanzlerschaft haben das dann auch bestätigt.

**In der Reihe «Hildesheimer Beiträge zu Theologie und Geschichte»  
erschienen bisher folgende Ausgaben:**

**Band 1**

Holm Arno Leonhardt: Die Entwicklung der Kartelltheorie+ zwischen 1883 und den 1930er Jahren.

Von internationaler Vielfalt zu Konvergenz (Reihe B: Geschichte und Geschichtsdidaktik)

Hildesheim: Universitätsverlag, 2016. – 83 S.

Online-ISSN 2509-9841

Freie Online-Publikation: <https://www.uni-hildesheim.de/bibliothek/publizieren/open-access-universitaetsverlag/verlagsprogramm/hildesheimer-beitraege-zu-theologie-und-geschichte/>